



Zur Sache

11-2024

Thema

Ernährungs(un)sicherheit in Gaza

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Gerhard Baisch schreibt am 27.02.2024 über die verheerende Lage und die katastrophale Ernährungsunsicherheit im Gazastreifen.

Briefing zur Ernährungssicherheit in Gaza „What’s in Blue“ vom 27.2.2024

Heute Nachmittag (27. Februar) wird der Sicherheitsrat unter dem Tagesordnungspunkt "Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten" ein Briefing zur Ernährungsunsicherheit in Gaza abhalten. Der Leiter des OCHA¹ in Genf und Direktor der Koordinierungsabteilung, Ramesh Rajasingham, der stellvertretende Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Maurizio Martina, und der stellvertretende Exekutivdirektor und Geschäftsführer des Welternährungsprogramms (WFP), Carl Skau, werden zu diesem Thema sprechen. Guyana und die Schweiz, die neben Algerien und Slowenien zu den Focal Points des Rates für Konflikt und Hunger gehören, hatten das Treffen beantragt, nachdem das OCHA den Ratsmitgliedern am 22. Februar ein Weißbuch über die unsichere Ernährungslage im Gaza-Streifen übermittelt hatte.

OCHA übermittelte den Vermerk im Einklang mit der Resolution 2417 vom 24. Mai 2018, in der der Generalsekretär aufgefordert wird, umgehend Bericht zu erstatten, wenn "die Gefahr einer konfliktbedingten Hungersnot und einer weit verbreiteten Ernährungsunsicherheit" besteht. Seit mehreren Monaten schlagen die UN-Organisationen angesichts des anhaltenden Krieges zwischen Israel und der Hamas Alarm wegen der unsicheren Ernährungslage und der Gefahr einer Hungersnot im Gaza-Streifen. Im Dezember 2023 veröffentlichte die Integrierte Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphase (IPC), die von den Hilfsorganisationen zur Messung des Hungers verwendet wird, einen Sonderbericht, in dem sie schätzte, dass zwischen dem 24. November und dem 7. Dezember 2023 mehr als 90 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens, d. h. etwa 2,08 Millionen Menschen, „unter einem hohen Maß an akuter Ernährungsunsicherheit“ litten, was sie als Bedingungen der Krisenstufe oder schlimmer einstufte. Die Studie geht davon aus, dass die gesamte Bevölkerung von 2,2 Millionen Menschen bis Februar 2024 aufgrund des bewaffneten Konflikts von einem solchen Grad an akuter

¹ OCHA: Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten)

Ernährungsunsicherheit betroffen sein wird. Dies ist der höchste Anteil an Menschen, die jemals weltweit als von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen eingestuft wurden, heißt es in dem Bericht. Von dieser Gesamtzahl wird etwa die Hälfte der Bevölkerung (1,17 Millionen Menschen) mit einer Notlage (IPC-Phase 4) und mehr als eine halbe Million Menschen mit einer katastrophalen Lage (IPC-Phase 5) konfrontiert sein.

Am 18. Februar berichtete das Global Nutrition Cluster, dass etwa eines von sechs Kindern unter zwei Jahren im nördlichen Gazastreifen an Auszehrung leidet, der lebensbedrohlichsten Form der Unterernährung. Im gesamten Gazastreifen leiden schätzungsweise 90 Prozent der Kinder unter fünf Jahren an einer oder mehreren Krankheiten, während sie extrem schlecht ernährt werden.

Ausgehend von diesen Prognosen heißt es in der OCHA-Broschüre, dass mindestens 576.000 Menschen im Gazastreifen nur „einen Schritt von der Hungersnot entfernt sind“ und „mit einem katastrophalen Ausmaß an Entbehrung und Aushungerung konfrontiert sind“. In der Informationsschrift werden die Prognosen vom Dezember 2023 als konservative Zahlen bezeichnet, und es heißt, dass das Risiko einer Hungersnot bis Mai 2024 mit jedem Tag, an dem der Krieg andauert und die Beschränkungen des humanitären Zugangs fortbestehen oder sich verschlimmern, zunimmt. Unter Bezugnahme auf den Bericht des Global Nutrition Cluster heißt es in der Mitteilung, dass Hunger und Unterernährung im Kindesalter zu irreparablen körperlichen und kognitiven Beeinträchtigungen führen und "die Lernfähigkeit einer ganzen Generation untergraben werden". Eine neue IPC-Analyse soll bis Mitte März veröffentlicht werden, heißt es in dem Vermerk.

Auf der heutigen Sitzung wird Rajasingham möglicherweise darlegen, wie der Krieg die Ernährungskrise verursacht, die laut dem Vermerk auf die „Belagerung und die Feindseligkeiten zurückzuführen ist, die nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 drastisch eskaliert sind". Der Vermerk beschreibt außerdem die direkten Auswirkungen des Konflikts auf die Nahrungsmittelproduktion, die indirekten Auswirkungen des Krieges auf die Lebensgrundlagen, die Märkte und die Versorgung sowie die großen Herausforderungen bei der Lieferung von humanitären Hilfsgütern in den und innerhalb des Gazastreifens. Der Bericht stellt fest, dass der Gazastreifen aufgrund seiner strukturellen Armut und der wirtschaftlichen Probleme, die sich aus den vorangegangenen 16 Jahren israelischer Restriktionen für das Gebiet ergaben, bereits anfällig für Ernährungsunsicherheit war. Die Militäroperationen seit dem Ausbruch des Krieges haben zum Verlust von Ackerland geführt und die landwirtschaftliche Infrastruktur zerstört. Darüber hinaus haben die gewaltsame Vertreibung von Menschen und die wiederholten Evakuierungsbefehle - 67 Prozent des Gazastreifens, wo zuvor 1,78 Millionen Menschen lebten, stehen unter Evakuierungsbefehl - dazu geführt, dass Anbauflächen und andere Mittel zur Nahrungsmittelproduktion aufgegeben wurden oder nicht mehr zugänglich sind, heißt es in dem Weißbuch.

Zu den indirekten Ursachen gehören die Lähmung des Handelssektors im Gazastreifen durch die Unfähigkeit, Lebensmittel vor Ort zu produzieren, und die weitreichenden Beschränkungen für kommerzielle Importe. Dies hat zu leeren Lagerbeständen, einem Mangel an Waren auf den Märkten und steigenden Preisen geführt. Die Unterbrechung der Existenzgrundlagen hat die Hungerkrise noch verschärft. So ist beispielsweise die Fischerei, die eine wichtige Ernährungs-

und Einkommensquelle war, aufgrund des vom israelischen Militär verhängten Zugangsverbots für Boote zum Meer vollständig zum Erliegen gekommen, heißt es in dem Weißbuch. Da etwa die Hälfte der Bevölkerung im südlichen Gazastreifen auf engem Raum zusammengepfercht ist, was einer Verfünffachung der Bevölkerung vor dem Krieg entspricht, können die Märkte im Süden den Nahrungsmittelbedarf der Menschen nicht decken.

Trotz der Abhängigkeit von humanitären Hilfslieferungen bei lebenswichtigen Gütern aufgrund der Beschränkungen des privaten Warenverkehrs sieht sich die humanitäre Gemeinschaft laut dem Weißbuch weiterhin mit erheblichen Hindernissen konfrontiert, wenn es darum geht, die zur Verhinderung einer Hungersnot erforderliche Hilfe zu leisten. "Dazu gehören die Schließung von Grenzübergängen, schwerwiegende Bewegungseinschränkungen, Zugangsverweigerungen, aufwändige Überprüfungsverfahren, Sicherheitsrisiken, Zwischenfälle durch verzweifelte Zivilisten, ein Zusammenbruch von Recht und Ordnung sowie Einschränkungen bei der Kommunikation und der Schutzausrüstung", heißt es in der Mitteilung. Israel habe Maßnahmen zur Erleichterung der Hilfslieferungen ergriffen, u. a. durch die Wiedereröffnung des Grenzübergangs Kerem Shalom im Dezember 2023, aber die Lieferung von Lebensmitteln und Treibstoff, der für ihre Verteilung erforderlich ist, sei begrenzt gewesen.

Rajasingham könnte den Sicherheitsrat und andere Mitgliedstaaten zum sofortigen Handeln auffordern, um eine konfliktbedingte Hungersnot in Gaza zu verhindern. Er könnte die Empfehlungen des Weißbuchs wiederholen, in denen der Rat und andere Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ihren Einfluss geltend zu machen, um unter anderem die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu gewährleisten, den Zugang für humanitäre Hilfe zu erleichtern, die Mittel für multisektorale humanitäre Hilfe aufzustocken und einen Waffenstillstand zu ermöglichen.

Es wird erwartet, dass Martina und Skau auch über das Ausmaß und die Schwere der konfliktbedingten Ernährungsunsicherheit und das Risiko einer Hungersnot auf der Grundlage des IPC-Briefs vom Dezember 2023 sprechen werden. Sie werden sich wahrscheinlich auch auf ein gemeinsames FAO/WFP-Update beziehen, das kürzlich für die Ratsmitglieder zum Thema "Überwachung der Ernährungssicherheit in Palästina und im Sudan" erstellt wurde. Beamte der FAO und des WFP informierten die Ratsmitglieder am 19. Februar informell über den Bericht. Dem Bericht zufolge „haben die Feindseligkeiten im Gazastreifen - einschließlich israelischer Luft-, Land- und Seebombardements, Bodenoperationen und einer wirtschaftlichen und humanitären Blockade“ bis Anfang Dezember 2023 mehr als 90 Prozent der Bevölkerung in eine Krise oder ein noch höheres Maß an akuter Ernährungsunsicherheit „getrieben“.

Martina könnte über die Auswirkungen des Krieges auf die Nahrungsmittelsysteme im Gazastreifen sprechen, die sich aus der Zerstörung der landwirtschaftlichen Infrastruktur, der israelischen Kappung der Stromversorgung seit dem 12. Oktober, der Treibstoff- und Wasserknappheit und der Dezimierung des Handelssektors ergeben. Skau könnte auf die Einschränkungen der humanitären Hilfe hinweisen. Im FAO/WFP-Bericht heißt es, dass die Beschränkungen, zusammen mit den anhaltenden Feindseligkeiten, "alle sinnvollen humanitären Maßnahmen unmöglich gemacht haben" und zur Gefahr einer Hungersnot beitragen. Der FAO/WFP-Bericht weist auch darauf hin, dass laut einem OCHA-Blitzaufruf vom November 2023 schätzungsweise 600.000 Menschen im Westjordanland von akuter Ernährungsunsicherheit bedroht sind.

Martina und Skau könnten anmerken, dass nach internationalem Recht die Parteien, die die Evakuierung von Zivilisten angeordnet haben, dafür verantwortlich sind, die vertriebene Zivilbevölkerung angemessen zu versorgen, unter anderem durch die Gewährleistung des Zugangs zu Nahrungsmitteln, hygienischen Bedingungen und Unterkünften. Der gemeinsame FAO/WFP-Bericht zitiert jedoch UN-Generalsekretär António Guterres und andere UN- und internationale Organisationen mit der Aussage, dass Israel Hunderttausende von Menschen im südlichen Gazastreifen eingekesselt hat, ohne für angemessene sanitäre Einrichtungen und den Zugang zu ausreichend Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung zu sorgen.

Die Ratsmitglieder werden wahrscheinlich betonen, dass alle Parteien das humanitäre Völkerrecht einhalten müssen. Sie könnten betonen, dass angesichts der drohenden Hungersnot dringend humanitäre Hilfe ermöglicht werden muss. In diesem Zusammenhang könnten sie betonen, dass ein humanitärer Waffenstillstand von entscheidender Bedeutung ist.

Von den Mitgliedern wird erwartet, dass sie an andere Verpflichtungen der kriegführenden Parteien erinnern, die in der Resolution 2417 bekräftigt wurden. Dazu gehört die Aufforderung der Resolution an alle Parteien eines bewaffneten Konflikts, die Zivilbevölkerung zu schützen, indem sie die Feindseligkeiten nach den Grundsätzen der Menschlichkeit, der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit führen, sowie ihre Verantwortung, Objekte zu schützen, die für das Überleben der Zivilbevölkerung unerlässlich sind. Die Mitglieder können sich auch auf das in der Resolution 2417 in Erinnerung gebrachte Verbot des Aushungerns als Methode der Kriegsführung berufen. Auf der Grundlage der Empfehlungen des Weißbuchs und des gemeinsamen FAO/WFP-Updates könnten die Ratsmitglieder die Wiedereröffnung aller Grenzübergänge und die Wiederherstellung der Grundversorgung im Gazastreifen fordern, einschließlich der grenzüberschreitenden Pipelines, der Stromversorgung und der Wiederaufnahme des Handels mit Waren in das Gebiet. Die Ratsmitglieder werden wahrscheinlich auch auf die Notwendigkeit hinweisen, die Finanzierung der Hilfsmaßnahmen sicherzustellen. Einige werden darauf hinweisen, dass dies auch die Finanzierung des UN-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) einschließen sollte. Mehrere Geberländer haben die Hilfe für das UNRWA ausgesetzt, nachdem Israel 12 seiner Mitarbeiter beschuldigt hatte, an dem von der Hamas angeführten Anschlag vom 7. Oktober 2023 beteiligt gewesen zu sein.

Mit deepL übersetzt. Originalversion hier: [<https://www.securitycouncilreport.org/whatsin-blue/2024/02/briefing-on-food-security-risks-in-gaza.php>]